



Bearb.: Mag. Christoph Fischer  
Tel.: +43 (3462) 2606-210  
Fax: +43 (3462) 2606-550  
E-Mail: [bhdl@stmk.gv.at](mailto:bhdl@stmk.gv.at)

Bei Antwortschreiben bitte  
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: BHDL-46217/2017-7

Deutschlandsberg, am 17.03.2025

Ggst.: Manfred Reinisch,  
Ausleitungskraftwerk in der KG 61214 Greisdorf,  
Wiederverleihung des Wasserbenutzungsrechtes;  
**Wasserrechtsverhandlung**

## KUNDMACHUNG

Mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg vom 19.01.1994, GZ: 3.0 R 105/1994, wurde Herrn Josef Reinisch und Frau Irmtraud Reinisch die wasserrechtliche Bewilligung für die **Errichtung und den Betrieb einer hydroelektrischen Eigenanlage (Ausleitungskraftwerk)**, auf dem Grundstück Nr. 204, KG 61214 Greisdorf – Nutzung der Wasserwelle des Steinbaches (Grundstück Nr. 1817, KG 61214 Greisdorf, öffentliches Wassergut, nunmehr Gerinne Nr. 610040) und des Langedgbaches (Privatgewässer, nunmehr Steinbach, Gewässernummer 5159), Maß der Wasserbenutzung „*Steinbach*“: 0,57 l/s, „*Langedgbach*“: 0,49 l/s – an der im Befund beschriebenen Stelle, samt den zur Wasserbenutzung erforderlichen Anlagen unter Vorschreibung von Auflagen befristet bis zum 31.12.2025 erteilt. Dieses Wasserbenutzungsrecht wurde zur **Postzahl 3/2219** im Wasserbuch Deutschlandsberg eingetragen.

Mit Überprüfungsbescheid der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg vom 09.01.1995, GZ: 3.0 R 105/1995, wurde die konsensgemäße Herstellung der Anlage festgestellt.

Mit Schreiben vom 03.03.2025, eingelangt am 06.03.2025, beantragte Herr Manfred Reinisch als nunmehriger Eigentümer des Bindungsgrundstückes und somit Wasserbenutzungsberechtigter die Wiederverleihung dieses Wasserbenutzungsrechtes. Der Ablauf der Bewilligungsdauer ist in diesem Fall bis zur rechtskräftigen Entscheidung über das Ansuchen um Wiederverleihung gehemmt.

Hierüber wird im Sinne der §§ 40 - 44 AVG 1991, BGBl. Nr. 51/1991 idF. BGBl. I Nr. 157/2024, und der §§ 9 Abs. 1 und 2, 21 Abs. 3, 98 und 107 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215/1959 idF. BGBl. I Nr. 73/2018, die örtliche Erhebung und mündliche Verhandlung für

**Donnerstag, den 08.05.2025, um 15:00 Uhr**

mit dem Zusammentritt **an Ort und Stelle in 8511 St. Stefan ob Stainz, Edla 17** anberaumt.

Gemäß § 42 AVG 1991 verliert eine Person ihre Stellung als Partei, soweit sie nicht spätestens am Tage vor Beginn der Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt.

**Hinweis:**

Falls Sie Einwendungen mit E-Mail oder Telefax einbringen wollen, müssen Sie dies so zeitgerecht tun, dass diese spätestens am letzten Tag der Frist noch innerhalb der Amtsstunden bei der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg einlangen.

An der Verhandlung teilnehmende Vertreter beteiligter Stellen oder Parteien haben sich rechtzeitig mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zu versehen, um bindende Erklärungen bei der mündlichen Verhandlung abgeben zu können. Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können gemäß den oben angeführten Bestimmungen nicht berücksichtigt werden.

Die anderen Parteien sowie die sonstigen Beteiligten werden durch Anschlag in der Gemeinde geladen.

Die Parteien und Beteiligten werden eingeladen, sofern sie etwas vorzubringen beabsichtigen, bei der Verhandlung zu erscheinen.

Die für das Verfahren vorhandenen Unterlagen liegen bis zum Tage vor der örtlichen Erhebung bei der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, I. Stock, Zimmer Nr. 9, während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Die Bezirkshauptfrau i.V.

Mag. Christoph Fischer  
(elektronisch gefertigt)